

Antrag

der Abgeordneten Monika Griefahn, Eckhardt Barthel (Berlin), Detlef Dzembitzki, Siegmund Ehrmann, Marga Elser, Gabriele Groneberg, Hans-Joachim Hacker, Anke Hartnagel, Klaus Werner Jonas, Karin Kortmann, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Lothar Mark, Petra-Evelyne Merkel, Dr. Sascha Raabe, Walter Riester, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Jörg Tauss, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Claudia Roth (Augsburg), Volker Beck (Köln), Grietje Bettin, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

50 Jahre Deutsche Welle – Zukunft und Modernisierung des Deutschen Auslandsrundfunks

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 50 Jahren vermittelt die Deutsche Welle erfolgreich den an Deutschland Interessierten weltweit ein umfassendes Bild Deutschlands. Sie hat sich damit zu einem unverzichtbaren Teil der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. In ihren Fernseh- und Rundfunksendungen sowie im Internet spiegelt sie die Bandbreite der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland wider. Für die mediale Außenrepräsentanz der Bundesrepublik Deutschland ist die Deutsche Welle mit ihren Angeboten im Radio, Fernsehen und Internet das wichtigste Medium der weltweiten Präsentation deutscher Politik, Wirtschaft und Kultur. Sie sendet in 29 Sprachen im Hörfunk, in 3 Sprachen im Fernsehen und ist im Internet mit 31 Sprachen vertreten. Veränderungen in der Weltpolitik, nach dem Fall der Mauer, haben zum einen für die Deutsche Welle neue Herausforderungen gebracht, zum anderen fordert die veränderte Konfliktlage in der Welt unter anderem ein stärkeres Profil des Senders als Krisenpräventionsinstrument.

Während der Regierungskrisen in der Tschechoslowakei und in Griechenland 1968 und 1969 bestand die Deutsche Welle ihre erste Bewährungsprobe als Krisenrundfunk, was bis heute den guten Ruf des Senders als freies Informationsmedium in Krisen und Konflikten begründet hat und seine Fortsetzung in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien ebenso gefunden hat wie in Afghanistan. Hier ist sie als einziger Auslandssender beauftragt, das dortige Fernsehen wieder aufzubauen. Darüber hinaus produziert die Deutsche Welle eine tägliche Nachrichtensendung in den Landessprachen Dari und Paschtu für Kabul, Kandahar und Djalalabad sowie ein Programmfenster in Arabisch für die arabischen Staaten. Auch im Irak sind die Radiosender der arabischen Redaktion der Deutschen Welle eine wertvolle Informationsquelle für die Bevölkerung.

Diese neuen Aufgaben müssen sich in einer geänderten Aufgabenbeschreibung für die Deutsche Welle niederschlagen. Dabei bleibt aber die Aufgabe bestehen, ein differenziertes Bild von Deutschland zu zeigen und so breit wie möglich das Meinungsspektrum des demokratischen Staates und des Kultur- und Wirtschaftsstandorts widerzuspiegeln. Weltweit genießt die Deutsche Welle auf Grund ihrer Unabhängigkeit bei ihren Hörern und Zuschauern Glaubwürdigkeit und hohe Akzeptanz.

– Reformbedarf

Das Deutsche-Welle-Gesetz bedarf wegen der weltpolitischen Veränderungen und den daraus folgenden Herausforderungen einer grundlegenden Novellierung. Die Unabhängigkeit, wie bei den anderen öffentlich-rechtlichen Sendern auch, darf dabei nicht berührt werden. Sie ist Garant für Erfolg und Akzeptanz des deutschen Auslandsrundfunks. Es ergeben sich folgende wesentliche Reformnotwendigkeiten:

1. Programmauftrag reformieren

Der Programmauftrag der Deutschen Welle ist nicht mehr zeitgemäß. Um den Schritt von einem Nachrichtensender zu einer modernen Plattform für die Präsentation Deutschlands als europäische Kulturnation und demokratischen Verfassungsstaat zu vollziehen, muss die Deutsche Welle weitestgehend Freiheit in der Aufgabenplanung, der Zielgruppendefinition, der Sprachenverwendung, der regionalen Schwerpunktsetzung und in der Nutzung der Übertragungswege haben. Die Freiheit der Planung einerseits und ein intensiver Beratungsprozess durch Konsultationen mit dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und der Fachöffentlichkeit andererseits sollen zu einer Konkretisierung des Programmauftrages führen.

2. Onlinepräsenz sichern

Die Präsenz der Deutschen Welle in den Telemedien muss gesetzlich abgesichert werden. Die Telemedien sollen die „Dritte Säule“ der Deutschen Welle werden. Ihnen kommt besondere Bedeutung in der Informationsbesorgung und Politikvermittlung zu, es wird insbesondere von Eliten, d. h. von den wichtigsten Multiplikatoren benutzt.

3. Krisenprävention verstärken

Die Deutsche Welle muss stärker als bisher mit ihren Medien als Instrument der Krisenprävention einsetzbar sein. Als moderner deutscher Auslandsrundfunk hat sie einen weltweiten Ruf als „ehrlicher Makler“, den es zu erhalten und zu verstärken gilt. Dies dient auch dem positiven Bild Deutschlands in der Welt.

4. Selbstregulierung einführen

Die Selbstregulierung und -evaluation der Deutschen Welle ist ein neues Instrument zur Effizienzsteigerung der Arbeit des Senders. Die Selbstevaluation von Zielen und Aufgaben soll in regelmäßigen Abständen in einem Konsultationsprozess mit dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und der Öffentlichkeit stattfinden. Vor allem der Deutsche Bundestag hat damit die Möglichkeit, Entscheidungen bezüglich der Deutschen Welle auf einer fundierteren Basis als bisher zu treffen.

5. Finanzierungssicherheit bekräftigen

Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Finanzierungs- und Planungssicherheit der Deutschen Welle, die sich aus der transparenten Veranschlagung des Haushalts des Bundes und seiner Finanzplanung ergibt.

Durch eine Reform des Deutsche-Welle-Gesetzes in den genannten Punkten wird der Sender in die Lage versetzt, auch weiterhin als modernes Medium der deutschen Gesellschaft, Kultur und Politik weltweit zu agieren. Die Medien der Deutschen Welle werden in Zukunft auch als Mittler deutscher Außen-, Ent-

wicklungs-, Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik wichtiger sein als bisher. Das ergibt sich aus der Rolle, die Medien heutzutage in Krisen und Konflikten spielen. Der Krieg im Irak im Frühjahr 2003 hat dies mehr als deutlich gezeigt. Die Verantwortung der Deutschen Welle, in Krisengebieten, in Ost-, Südost- und Mitteleuropa sowie in arabischen Ländern als Vermittler demokratischer Werte zu arbeiten, wächst.

Die deutsche auswärtige Kultur- und Bildungspolitik orientiert sich zunehmend am Dialog der Kulturen. Die Deutsche Welle und ihre Programme sollen im Sinne der Zweibahnstraße in den internationalen Kulturbeziehungen am Dialog der Kulturen teilnehmen und ein entsprechendes Forum sein. Im Rahmen ihrer Aufgabenstellungen muss sich die Deutsche Welle deshalb von der reinen Nachrichtenvermittlung und Präsentation eines Deutschlandbildes zu einer breiten Informations- und Austauschplattform weiter entwickeln. Sie bleibt dabei selbstverständlich ein deutscher Sender, der aber global agiert und die Informationen aus und über Deutschland im Verhältnis zu den Erfordernissen internationaler Verständigung, gegenseitigem Respekt und Verständnis sowie Toleranz verbreitet.

Um diese Herausforderungen im 21. Jahrhundert bestehen zu können, muss sich die Deutsche Welle ein modernes, der Welt zugewandtes Profil geben und einen Darstellungsraum für deutsche und andere Sichtweisen zu wesentlichen Themen der Politik, Kultur, Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft bereitstellen. Dazu gehört auch, in Gebieten, wo dies notwendig ist, aus der Region über die Region berichten zu können. Nur so können Informationsdefizite abgebaut und Informationskanäle geschaffen werden. In Europa soll die Deutsche Welle den Prozess des Zusammenwachsens journalistisch begleiten und weltweit das gegenseitige Verständnis der Völker fördern. In diesem Sinne wird sie als ein Instrument der Krisenprävention gefordert sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Programmauftrag der Deutschen Welle präziser zu fassen. Dabei soll die Deutsche Welle Aufgaben, Zielgruppen, Zielregionen, Sendesprachen und Übertragungswege selbst formulieren und in einem geregelten Beratungsprozess mit dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung abstimmen,
2. gleichzeitig die Deutsche Welle zu verpflichten, im Rahmen einer gesetzlich verankerten Selbstevaluation in einen regelmäßigen Konsultationsprozess mit dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und der Fachöffentlichkeit zu treten,
3. die Präsenz der Deutschen Welle in den Telemedien bzw. im Internet (www.dw-world.de) gesetzlich zu verankern und als „Dritte Säule“ der Deutschen Welle zu etablieren,
4. in der Haushalts- und Finanzplanung eine mittelfristige Planungssicherheit für die Deutsche Welle zu gewährleisten,
5. dafür zu sorgen, dass die Deutsche Welle ihre Stellung als Mittlerorganisation der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verbessern und gleichberechtigte Kooperationen mit ARD, ZDF und europäischen Auslandssendern sowie den Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eingehen kann.

Berlin, den 25. Juni 2003

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

